

Die im März vom Nationalen Volkskongreß verabschiedeten Gesetze über die Strafprozeßordnung und die Administrativstrafen (siehe den Artikel "Parteikontrolle und Rechtsreform" in diesem Heft) sind in dem ai-Bericht noch nicht berücksichtigt, ändern vorerst jedoch nichts an den grundlegenden Befunden. Allerdings hätte ein deutlicher Hinweis auf die Bemühungen um Rechts- und Justizreform, die von - zur Zeit nicht durchsetzungsfähigen - Kräften in Regierung und Nationalem Volkskongreß angetrieben werden, dem ai-Bericht nicht geschadet.

Nicht befriedigend ist der Bericht im Hinblick auf die vielfältigen rechtlich zwar nicht abgesicherten, aber für das gesellschaftliche Leben äußerst bedeutsamen neuen Freiräume (soziale und wirtschaftliche Freiheiten, freiere Informations- und Reisemöglichkeiten), die die Politik der Wirtschaftsreformen für die chinesische Bevölkerung mit sich brachte. Diese Entwicklung wird in dem Bericht genauso nur am Rande erwähnt (in einigen prägnanten Abschnitten der Einleitung, deren differenzierte Aussagen im Hauptteil des Berichts nicht mehr aufgegriffen werden) wie die beachtlichen Fortschritte in Armutsbekämpfung und Lebensqualität, die sich etwa in einer höheren Lebenserwartung, einer verbesserten Ernährung und erweiterten Entfaltungsmöglichkeiten für die chinesische Bevölkerung niederschlagen.

amnesty international tritt für die weltweite Durchsetzung politischer und bürgerlicher Rechte und Freiheiten ein und verfolgt damit eine Zielsetzung, die nur einen Teil des in den einschlägigen internationalen Konventionen und Dokumenten festgehaltenen Menschenrechtskatalogs umfaßt. Diese Selbstbeschränkung erweist sich im jüngsten China-Bericht als Manko: Der menschenrechtliche Fortschritt im Sinne internationaler Menschenrechtsdokumente (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; Internationale Konventionen über bürgerliche und politische sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; Wiener Menschenrechtsdeklaration) läßt sich gerade in Entwicklungsländern wie China nicht nur an politischen und bürgerlichen Rechten und Freiheiten festmachen, sondern wird ganz wesentlich durch Fortschritte im gesellschaftlichen Lebensstandard und die damit einhergehende Verbesserung der Lebenschancen und Entwicklungsmöglichkeiten gefördert: Für Dutzende Millionen Chinesen, die bis vor weni-

gen Jahren noch in extremer Armut leben mußten und denen durch Wirtschaftswachstum und staatliche Armutsbekämpfungsprogramme neue Lebenschancen eröffnet wurden, sind eine gesicherte Ernährung und neu geschaffene Einkommensmöglichkeiten vorordnlicher als etwa das Wahlrecht.

Die Dimension wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und ihre Bedeutung für den menschenrechtlichen Fortschritt bleibt in dem China-Bericht von amnesty international unterbewertet. Ein ergänzender Bericht zu diesen Fragen wäre notwendig, um die Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit amnesty internationals unter reformbereiten Kräften in der Beijinger Führung und in der chinesischen Bevölkerung zu erhöhen.

---

## Kultur und Gesellschaft

---

\*<sup>(9)</sup>

### Wissenschaft und Bildung im neuen Fünfjahrplan und im längerfristigen Perspektivplan

In dem vom NVK am 17.3.96 gebilligten 9.Fünfjahrplan für die Jahre 1996-2000 und dem längerfristigen Perspektivplan bis zum Jahr 2010, deren Wortlaut am 20.3.96 veröffentlicht wurde (vgl. RMRB u. GMRB), sind die Themen Wissenschaft und Bildung in Kapitel 5 abgehandelt.

Für Wissenschaft und Technik sieht die Planung wie folgt aus:

Allgemein sollen Wissenschaft und Technik der wirtschaftlichen Entwicklung dienen und sich auf die Erfordernisse des Marktes einstellen. Sie sollen zur Lösung wichtiger technischer Probleme beitragen, die für die sozioökonomische Entwicklung entscheidend sind. Außerdem sollen sie Hochtechnologie entwickeln und produzieren. Der Schwerpunkt soll hier auf elektronischer Datenverarbeitung, Biologie, neuen Materialien, neuen Energien, Luft- und Raumfahrt sowie Meerestechnologie liegen. Auf einigen Gebieten soll fortgeschrittenes Weltniveau erreicht werden. Nicht zuletzt soll auch die Grundlagenforschung gefördert werden, in der man auf Gebieten, auf denen China überlegen ist, Durchbrüche erhofft.

Im einzelnen werden folgende Punkte hervorgehoben:

1. Forschung und Entwicklung in der Agronomie sind zu stärken, die Verbreitung fortgeschrittener Technologie ist zu beschleunigen. Umfassende Technologien für die Verbesserung des Marktgetreides sowie der Vieh- und Saatzucht sollen bereitgestellt werden. Ferner werden die Intensivierung der Forschung auf den Gebieten Krankheits- und Schädlingsbekämpfung, Wassersparen und Trockenanbau, Waldschutz und Eindämmung der Desertifikation gefordert.

2. Anhebung der Produktionstechniken und Entwicklung neuer Energien, Beschleunigung der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse.

3. Entwicklung und Produktion von Hochtechnologie. Erwähnt werden u.a. Computer-Soft- und Hardware, elektronische Datennetze, neue Materialien und Technologien, landwirtschaftliche und medizinische Biotechnik, Verkehr (Hochgeschwindigkeitszüge), Transport, Automatisierung im tertiären Sektor, neue Ölbohrtechnik usw.

4. Forschung und Entwicklung auf Schwerpunktfeldern der gesellschaftlichen Entwicklung sind zu intensivieren. Genannt werden Geburtenregelung, Bekämpfung schwerer Krankheiten, Produktion neuer Medikamente, ferner saubere Kohleverbrennung, Recycling und Vorbeugung gegen Naturkatastrophen. Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und Anhebung des wissenschaftlich-kulturellen Niveaus der gesamten Nation.

5. Stärkung der Grundlagenforschung und des Baus von Forschungsanlagen. Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet, Errichtung elektronischer Datennetze für Bildung und wissenschaftliche Forschung.

6. Fortführung der Reform des Wissenschaftssystems, Verbesserung der Struktur der Forschungsorganisationen und vernünftige Verteilung der Fachleute. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen, Hochschulen und Unternehmen. Integration von Forschungsinstituten für technologische Entwicklung in Großbetriebe oder deren Umwandlung in High-Tech-Betriebe und Ermunterung großer und mittlerer Betriebe, zu Zentren für technologische Entwicklung zu werden.

Das Ziel soll sein, daß technologische Forschung und Entwicklung hauptsächlich in Betrieben stattfindet.

Die in dem Plan für Wissenschaft und Technik gesetzten Schwerpunkte werden bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Sie sind auch Teil des staatlichen Programms für die mittel- und langfristige Entwicklung von Wissenschaft und Technik vom April 1992 (vgl. C.a., 1992/4, Ü 11). Durchlaufendes Kennzeichen der chinesischen Wissenschaftspolitik ist die Betonung anwendungsorientierter Forschung mit dem Ziel, die Wirtschaft zu modernisieren. Von der Finanzierung dieser Art Forschung will sich der Staat zunehmend befreien, deshalb soll sie in Betriebe verlagert werden und sich selbst tragen. Der Staat engagiert sich jedoch weiterhin in der Grundlagenforschung. Doch auch hier werden in erster Linie solche Projekte gefördert, bei denen man annimmt, daß sie sich früher oder später wirtschaftlich nutzen lassen.

Für das Bildungswesen sind folgende Ziele vorgesehen:

Allgemein soll der Schwerpunkt auf der Bildung im Rahmen der Schulpflicht liegen. Ferner sollen Berufs- und Erwachsenenbildung ausgebaut werden, entsprechend auch die Hochschulbildung, und die Bildungsstruktur soll verbessert werden. Bis zum Jahr 2000 soll die allgemeine neunjährige Schulpflicht landesweit im wesentlichen eingeführt und das Analphabetentum unter Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen im wesentlichen abgeschafft sein. Die Einschulungsrate bei Kindern im Grundschulalter soll bis dahin über 99% betragen, die Zugangsrate zur Sekundarstufe I soll etwa 85% erreichen, und die Analphabetenrate unter Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen soll auf rund 5% gesenkt werden.

Im einzelnen:

1. Die Pflichtschulbildung in Stadt und Land soll verstärkt werden. Innerhalb der 9. Planperiode soll die neunjährige Schulpflicht in Gebieten eingeführt werden, die 85% der Bevölkerung abdecken; in Gebieten, die 95% der Bevölkerung umfassen, soll bis dahin die 5-6jährige Grundschulbildung eingeführt sein und in den restlichen Gebieten eine 3-4jährige Grundschulbildung. Der Schwerpunkt der Arbeit soll aufs Land und hier insbesondere auf die Armutsgebiete gelegt werden. In bezug auf die Finanzen, Lehrkräfte und Lehrmittel sollen vor allem die Armutsge-

biete unterstützt werden. Auf dem Lande soll in den Schulunterricht auch berufliche Bildung einfließen.

2. In der Berufs- und Erwachsenenbildung soll der Schwerpunkt auf die berufliche Bildung auf der Sekundarstufe II gelegt werden. Bis zum Jahr 2000 sollen etwa 60% aller Schüler der Sekundarstufe II berufliche oder technische Mittelschulen besuchen. Auch die berufliche Bildung im Anschluß an die Sekundarstufe II soll stärker ausgebaut werden, so daß Abiturienten außer dem Besuch einer regulären Hochschule verschiedene Möglichkeiten beruflicher Bildung offenstehen. Außerdem sollen Fernseh- und Fernbildung, Freizeitkurse zur Weiterbildung und Anleitung zum Selbststudium gefördert werden. In der Erwachsenenbildung liegt der Schwerpunkt auf der Ausbildung am Arbeitsplatz und auf Fortbildung, daneben sollen verschiedene Formen der vor- und nachberuflichen Ausbildung und der Umschulung entwickelt werden.

3. Im tertiären Bildungssektor soll die Struktur der Hochschulbildung weiter reformiert und die Qualität der Bildung angehoben werden. Der Schwerpunkt soll auf dem Grundstudium liegen, das Spektrum der Spezialfächer soll erweitert werden. Das "Projekt 211" (vgl. dazu C.a., 1995/11, Ü 18) soll schrittweise realisiert werden.

4. Die Reform des Bildungssystems soll beschleunigt werden. Nach und nach soll das neue System eingeführt werden, das eine Verbindung von hauptsächlich vom Staat und daneben auch von der Gesellschaft betriebenen Schulen darstellt. Es soll verschiedene Formen der Kooperation beim Betreiben von Schulen geben, wobei die vorhandene schulische Infrastruktur genutzt werden soll. Für die Hochschulbildung sollen der Staat und die Provinzen verantwortlich sein, wobei die Provinz die Hauptrolle spielen soll. Im Bildungsbereich jenseits der Pflichtschule sollen nach und nach Studiengebühren erhoben werden, und die Hochschulabsolventen sollen sich selbst eine Stellung suchen. Zugleich sollen Stipendien- und Darlehensfonds sowie Unterstützungen für bedürftige Studenten verbessert werden.

5. Die Unterrichtsreform soll aktiv vorangetrieben werden, insbesondere die Reform der Lehrinhalte und der Lehrpläne. Auch die Unterrichtsmethoden und Lehrmittel sollen verbessert werden, namentlich sollen elektronische

Lehrmittel zur Anwendung kommen. Besonderer Wert soll auf die moralische Bildung gelegt werden; je nach Alter soll die Bildung in Idealen, Ethik, Disziplin, Rechtssystem, Landesverteidigung und nationaler Einigkeit intensiviert werden.

6. Der Lehrkörper soll verstärkt ausgebaut werden; vor allem soll die politische und fachliche Qualität der Lehrer angehoben werden. Die gesellschaftliche Stellung der Lehrer einschließlich Arbeits-, Studien- und Lebensbedingungen soll verbessert werden.

Diese Zielvorgaben sind bereits seit mehreren Jahren bekannt. Sie sind u.a. in dem staatlichen Programm für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens vom Februar 1993 aufgeführt (vgl. C.a., 1993/2, Ü 9). Mit dem Jahr 2000 enthält der letzte Fünfjahrplan in diesem Jahrhundert eine wichtige Zielmarke. Die chinesischen Bildungsplaner betrachten die verbleibenden Jahre bis dahin als entscheidende Phase für die Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, die wiederum als Voraussetzung für die im 21. Jh. angestrebte Stellung Chinas als moderne Großmacht gilt. Gegenüber dem Programm von 1993, in dem es noch hieß, daß die neunjährige Schulpflicht bis zum Jahr 2000 im wesentlichen eingeführt sein soll, hat man einige Abstriche vornehmen müssen. Nun ist realistischerweise vorgesehen, daß nur 85% der Schüler den Übergang zur Mittelschule erreichen. Bis jetzt ist die allgemeine neunjährige Schulpflicht erst in rund einem Drittel aller Kreise verwirklicht. Die Vorgaben im neuen Fünfjahrplan haben als verbindlich zu gelten, und die Bildungsbehörden werden alle Anstrengungen unternehmen, den Plan zu erfüllen. Das große Problem bei der Umsetzung der Bildungsplanziele wird die Qualität der Bildung sein; diese kann nur gewährleistet werden, wenn die Lehrerschaft besser qualifiziert und motiviert wäre. Dieses haben die Bildungspolitiker erkannt und schenken deshalb der Lehrerbildung und -fortbildung ebenso wie der Besserstellung der Lehrer besondere Aufmerksamkeit. Unabhängig davon, ob und wie die Ziele des neuen Plans bis zum Jahr 2000 verwirklicht werden, ist positiv hervorzuheben, daß auch in diesem Plan die prioritäre Bedeutung des Bildungswesens für die Modernisierung Chinas zum Ausdruck kommt. Seit nämlich auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992 beschlossen wurde, dem Bildungswesen die gleiche Priorität wie

der Wissenschaft beizumessen, werden die Politiker nicht müde, auf der für das Schulwesen zuständigen lokalen Ebene die Vorrangigkeit des Ausbaus des Bildungswesens anzumahnen. Die Resonanz freilich ist gerade in ländlichen Gebieten häufig nicht sehr befriedigend. -st-

\*(10)

### **Analphabetenrate sinkt**

Zwischen 1990 und 1995 ist die Analphabetenrate in China von 15,88% auf 12,01% gesunken. Dies wurde anhand neuester Statistiken auf einer Arbeitskonferenz zum Kampf gegen das Analphabetentum in Wenzhou (Zhejiang) bekanntgegeben. Zugleich wurde erklärt, daß der Anteil der Menschen unter 45 Jahre an den Analphabeten sich weiter verringert hat und jetzt nur noch 7% beträgt. In den vergangenen fünf Jahren sind 25,98 Mio. Menschen alphabetisiert worden. Um den Kampf gegen das Analphabetentum voranzutreiben, wurden in über 20 Provinzen überbehördliche Koordinierungskomitees eingerichtet, die die Alphabetisierungsarbeit in der jeweiligen Provinz koordinieren sollen. (XNA, 4.3.96)

Das Analphabetentum soll bekanntlich bis zum Jahr 2000 unter jüngeren Leuten abgeschafft sein. Dieses Ziel wird allerdings kaum mehr zu erreichen sein. Bei der diesjährigen Überprüfung durch die Bildungsbehörden der Provinzen, die im Auftrag der Staatlichen Bildungskommission jährlich den Stand des Bildungswesens untersuchen, wurde festgestellt, daß das Ziel bislang nur von acht Provinzen und 1050 Städten und Kreisen erreicht worden ist (ebd.). Die Zahlenangaben hinsichtlich der Analphabeten variieren stark. Dies liegt in der Regel daran, daß unterschiedliche Altersgruppen in die Zählung einbezogen werden. Anfang letzten Jahres wurde die Zahl der Analphabeten über 15 Jahre (also ohne Berücksichtigung der Kleinkinder und der Kinder im Schulpflichtalter) mit 180 Mio. angegeben (vgl. C.a., 1995/1, Ü 13). Wenn kürzlich eine Zahl von 145 Mio. Analphabeten genannt wurde, so muß eine andere Ausgangsbasis gewählt worden sein, denn innerhalb eines Jahres können nicht 35 Mio. Menschen alphabetisiert worden sein. Normalerweise werden pro Jahr 5 Mio. Menschen alphabetisiert. Möglicherweise wurden bei den 145 Mio. ältere Menschen nicht mitgezählt, aber wo genau die Grenze liegt, ob bei 40, 45 oder 50 Jahren, wird

nicht gesagt. Es heißt lediglich, daß über 33 Mio. "junge Menschen" seien (XNA, 21,3,96).

In Wirklichkeit muß mit einer höheren Analphabetenziffer als 145 Mio. gerechnet werden, denn man kann davon ausgehen, daß die von den einzelnen Städten und Kreisen gemeldeten Zahlen durchweg geschönt sind. Im übrigen ist die Gefahr sehr groß, daß Leute, die in kurzer Zeit lesen und schreiben gelernt haben (in China gilt als alphabetisiert, wer mindestens 1.500 Zeichen beherrscht), diese Fähigkeiten schnell wieder verlieren, wenn sie nicht dauernd geübt werden. -st-

\*(11)

### **Bevölkerungsplanung**

Im 9. Fünfjahrplan und dem längerfristigen Perspektivplan bis zum Jahr 2010 wird als verbindliche Zielmarke gefordert, die Bevölkerung bis zum Jahre 2000 nicht über 1,3 Mrd. und bis zum Jahre 2010 nicht über 1,4 Mrd. wachsen zu lassen. Im Durchschnitt soll die natürliche Zuwachsrates der Bevölkerung in den kommenden fünf Jahren pro Jahr nicht mehr als 10,83 Promille betragen. An der Geburtenregelung als grundlegender nationaler Politik soll unerschütterlich festgehalten werden. Der Schwerpunkt der Familienplanungsarbeit soll weiterhin auf die ländlichen Gebiete und auf die Wanderbevölkerung gelegt werden. Die Geburtenplanungsarbeit auf dem Lande ist im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Erreichen eines bescheidenen Wohlstandes, dem Aufbau zivilisierter glücklicher Familien und der Arbeit zur Unterstützung unterentwickelter Gebiete zu sehen. Geburtenregelung und Eugenik sind intensiv und anhaltend zu propagieren, desgleichen späte Heirat und späte Geburten. Auf allen Verwaltungsebenen ist weiterhin das Verantwortungssystem durchzuführen, nach dem die wichtigsten Führungskader sich selbst um die Sache kümmern müssen und für die Einhaltung der Geburtenpläne verantwortlich sind. Technische Dienstleistungen in bezug auf Verhütung, gesunde Geburten und Babypflege und der Aufbau eines entsprechenden Dienstleistungsnetzes an der Basis sind zu intensivieren. (RMRB, GMRB, 20.3.96, Kap. II, 3 und 4 sowie Kap. III,7)

Die Notwendigkeit, weiterhin an der Politik einer strikten Geburtenplanung festzuhalten, wurde auch auf einer na-

tionalen Familienplanungskonferenz betont, die während der Tagungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz in Beijing stattfand. Seit 1991 finden derartige Konferenzen jährlich in der Hauptstadt während der Sitzungsperiode der beiden anderen Tagungen statt. Auf Beschluß der Zentrale sollen solche nationalen Familienplanungskonferenzen auch in den kommenden fünf Jahren zur gleichen Zeit veranstaltet werden, um der gesamten Partei und Bevölkerung die Dringlichkeit des Bevölkerungsproblems vor Augen zu führen (RMRB, 12.3.96). Die Wichtigkeit des Problems wurde durch die Anwesenheit der politischen Führung auf der Konferenz unterstrichen. Neben Jiang Zemin sprachen Li Peng und als Vorsitzende der Familienplanungskommission Peng Peiyun zu den Konferenzteilnehmern (s. GMRB, 11.3.96).

Auf der Konferenz wurden die Erfolge der Geburtenplanung während der Phase des 8. Fünfjahrplans (1991-95) gewürdigt. So habe die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung von 1990: 14,39 Promille auf 1995: 10,55 Promille gesenkt werden können. Die zusammengefaßte Geburtenziffer der Frauen in ganz China habe sich auf etwa 2 verringert. Im Vergleich: 1994 habe die zusammengefaßte Geburtenziffer der Frauen in der ganzen Welt 3,2 betragen, die der entwickelten Gebiete durchschnittlich 1,7, die der Entwicklungsländer (ohne China) durchschnittlich 4,2. Das bedeute, daß es China gelungen sei, in der Periode des 8. Fünfjahrplans das zu schnelle Wachstum der Bevölkerung einzudämmen, und daß China in der Welt bereits zu den Ländern mit relativ niedrigem Geburtenniveau zähle. (GMRB, 12.3.96) Während der 9. Planperiode soll die Geburtenplanungsarbeit intensiviert werden. Peng Peiyun kündigte an, daß die staatlichen Aufwendungen für die Geburtenplanung im nächsten Jahrfünft deutlich angehoben werden sollen, und zwar auf durchschnittlich 4 Yuan pro Kopf der Bevölkerung. Sie gab außerdem zwei Änderungen in der Familienplanungsarbeit bekannt: Zum einen soll die Geburtenplanung nicht mehr für sich allein angegangen, sondern in enger Verbindung mit der sozioökonomischen Entwicklung durchgeführt werden, d.h. es sollen umfassende Maßnahmen zur Lösung des Bevölkerungsproblems ergriffen werden. Zweitens sollen nicht mehr hauptsächlich die sozialen Einschränkungen betont werden, sondern es soll allmählich der Leitgedanke des (persön-

lichen) Vorteils in Zusammenhang mit den sozialen Einschränkungen eingeführt werden; dabei sollen Propagierung und Erziehung, umfassende Dienstleistungen und wissenschaftliche Kontrolle miteinander koordiniert werden. (RMRB, 12.3.96)

China kann es sich auch in den kommenden fünf Jahren nicht leisten, die strengen Bestimmungen über Geburtenplanung zu lockern. Allerdings soll der offiziellen Politik zufolge künftig noch mehr auf Überzeugungsarbeit anstatt auf Zwang gesetzt werden, d.h., der Bevölkerung soll der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsproblem, wirtschaftlicher Entwicklung, begrenzten Ressourcen und Umweltschutz klargemacht werden; zugleich soll darauf hingearbeitet werden, Familienplanung nicht nur als Einschränkung, sondern auch als Vorteil zu sehen. -st-

\*(12)

#### **Frauentag: Rückkehr zur alten Tagesordnung?**

Anläßlich des Internationalen Frauentages versammelten sich am 8. März über 600 Frauen aus ganz China zu einer Festveranstaltung in der Großen Halle des Volkes in der Hauptstadt. Von Parteiseite war Hu Jintao, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und des ZK-Sekretariats, vertreten, daneben waren weitere Partei- und Regierungsführer erschienen, allerdings weder der Generalsekretär des ZK noch der Ministerpräsident. Man war gespannt gewesen, ob dem ersten Frauentag nach der im vergangenen September in Beijing abgehaltenen Weltfrauenkonferenz nun in den chinesischen Medien besondere Aufmerksamkeit gewidmet würde. Dies war nicht der Fall, vielmehr trat die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag aufgrund der gleichzeitig tagenden NVK-Vollversammlung völlig in den Hintergrund. In den beiden großen Tageszeitungen RMRB und GMRB waren jeweils nur auf der vierten Seite kürzere Artikel über die Veranstaltung zu lesen. Dies scheint symptomatisch für die gegenwärtige Situation der Frau in China. Der Schwung und die neuen Impulse, die die chinesische Frauenbewegung durch die Weltfrauenkonferenz erfahren hatte, scheinen mittlerweile verfliegen. Die in den Zeitungsberichten über die Veranstaltung zum Frauentag in Zusammenfassung wiedergegebenen Reden Hu Jintaos und Chen Muhuas (Präsidentin des Chinesischen Frauenverbandes)

des) gehen nicht über die altbekannten Floskeln früherer Jahre hinaus. Da werden die herausragenden Beiträge der Frauen zum Aufbau der sozialistischen materiellen und geistigen Kultur erwähnt, und die Frauen werden aufgefordert, hart zu arbeiten und sich in einheitlichem Kampf dem Aufschwung der chinesischen Nation zu widmen. Chen Muhua versicherte den Teilnehmerinnen, daß China der Beijinger Deklaration und der Aktionsplattform (beide auf der Weltfrauenkonferenz verabschiedet) große Aufmerksamkeit schenke und die Frauenfrage auch künftig für die Regierung wichtig sei. Man werde die Sache der Frauen unterstützen, darauf achten, daß mehr weibliche Kader herangebildet, die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessert, die legalen Rechte der Frauen und Kinder geschützt und gesellschaftliche Diskriminierung gegen Frauen unterbunden würden. Wie Hu Jintao rief auch sie die Frauen dazu auf, in ihren jeweiligen Berufen für die Erfüllung des 9. Fünfjahrplans zu kämpfen. (RMRB, GMRB, 9.3.96)

Hier wird die Frau letztlich auf ihre Rolle in der Modernisierung, auf ihre ökonomische Rolle reduziert. Die Frauen haben "zu funktionieren" wie alle gesellschaftlichen Gruppen, d.h. sie haben gemeinsam mit allen Chinesen an dem großen nationalen Projekt mitzuarbeiten, China reich und stark zu machen. Alle frauenspezifischen Fragen, etwa der Rollenkonflikt der Frau, das neue Frauenbild, die Frauenemanzipation usw., über die es in den der Weltfrauenkonferenz vorausgegangenen Jahren in den Medien eine breite Diskussion gab, sind ausgeklammert. Zwar werden diese Themen in den Zentren für Frauenforschung und anderen "Insider"-Kreisen weiterhin behandelt, entscheidend aber ist, daß sie in der Öffentlichkeit nicht mehr präsent sind. Bezeichnend hierfür ist, daß die Frauenseite, die die *Guangming-Zeitung* im Frühjahr 1992 eingerichtet hatte, mit Beginn des Jahres 1996 eingestellt wurde. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß alle offiziell geförderten Frauenaktivitäten der vergangenen Jahre nur im Hinblick auf die Beijinger Weltfrauenkonferenz eingeleitet wurden und daß man nun wieder zur alten Tagesordnung zurückkehrt. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

\*(13)

#### **EU und China: Spannungen im bilateralen Handel**

Mit der Neuordnung des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wird die Europäische Union (EU) China schrittweise von den Zollvorteilen für den Import ausschließen. Das APS, das über Zollpräferenzen für Fertigprodukte den Entwicklungsländern den Marktzutritt zum EU-Markt erleichtert, wird nach Angaben im *Handelsblatt* vom 18.3.96 für China in zwei Schritten abgeschafft. Zum 1.1.97 verliert China die Zollvorteile für 23,8% der Importe und zum 1.1.98 für einen weiteren Anteil von 36,1%.

Anfang 1996 wurden bisher zollfreie Exporte dem System der "Präferenzspannen auf den Gemeinsamen Zolltarif" unterstellt. Die hierunter fallenden Waren sind nach der Empfindlichkeit für die europäische Industrie ("Hochempfindliche", "Empfindliche", "Halbempfindliche" und "Unempfindliche Waren") kategorisiert erhalten unterschiedliche Zolltarife mit Präferenzzöllen von 85%, 70%, 35% etc. des Gemeinsamen Zolltarifs der EU.

Entscheidendes Kriterium für den Abbau der Präferenzspanne ist der Marktanteil in einem bestimmten Sektor. Chinas Marktanteil unter den Entwicklungsländern soll nach Angaben im *Handelsblatt* bei gegenwärtig 29% liegen. Entfallen auf ein Land mehr als 25% der Gesamtexporte der bevorzugten Länder, werden die Präferenzspannen aufgehoben. Diese für alle Länder geltende Regelung trat bereits zum 1.1.96 in Kraft. Damit galt für eine Reihe chinesischer Exporte wie Chemieprodukte, bestimmte Textilien und Bekleidung, Glas, Keramik etc. in die EU bereits ein höherer Zolltarif als zuvor. Gegen die Neueinstufung innerhalb des APS hat China bei der EU protestiert.

Auch die Frage des Dumping durch chinesische Unternehmen ist erneut zum Streitpunkt zwischen China und der EU geworden. Aktueller Anlaß ist ein Dumpingverfahren, das am 22.2.96 gegen rd. 30 chinesische Unternehmen eingeleitet wurde. Ihnen wird vorgeworfen, unbleichte Stoffe und Gewe-